

MORNING NEWS

17. März 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	23.564,01	116,72	0,50	23.447,29	DJ 30	46.946,41	387,94	0,83	46.558,47
MDAX	28.951,70	132,24	0,46	28.819,46	NASDAQ	24.655,34	274,61	1,13	24.380,73
TEC DAX	3.570,90	-12,71	-0,35	3.583,61	Nikkei 225	53.973,91	222,76	0,41	53.751,15
Euro Stoxx50	5.739,01	22,40	0,39	5.716,61	Hang Seng	25.981,12	147,10	0,57	25.834,02
Bund Future	126,20	0,01	0,01	126,19	Euro / US-\$	1,1480	-0,00	-0,22	1,1505
Gold in US-\$	5.027,28	20,87	0,42	5.006,41	Öl (Brent) US-\$	103,89	3,68	3,67	100,21
Bitcoin / US-\$	74.054,98	-180,53	-0,24	74.235,49	Ethereum / US-\$	2.307,76	-37,88	-1,61	2.345,66

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	23.457	-107
NASDAQ Future	24.596,50	-79,25

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	166,93	1,47	0,01	165,46	191,63	1.812.795,00
Nokia OJ	7,53	0,06	0,01	7,47	8,65	71.010.048,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Quartalsergebnisse entnehmen Sie bitte dem Anhang		
Europäische Unternehmen		Vinci (17:45 Umsatz 2/2026), Prudential (23:00 Q4)		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	ZEW Konjunkturerwartungen	März	11:00	39,2 (58,3)
D	ZEW Konjunkturlage	März	11:00	-68,0 (-65,9)
USA	Schwebende Hausverkäufe (m/m)	Februar	15:00	-0,6% (-0,8%)
USA	Schwebende Hausverkäufe (y/y), nsb	Februar	15:00	n/a (-1,2%)

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,36 (1,41)	10-jährige Bonds	+0,469	4,22%
Volumen NASDAQ	8,19 (8,26)	30-jährige Bonds	+0,641	4,86%

()=Vortag

Neue Kursphantasie im Technologiesektor hat den US-Börsen am Montag im Handelsverlauf Auftrieb gegeben. Vor allem Technologiewerte legten zu. Aktien von **Meta** stiegen um 2,3 Prozent, nachdem die Nachrichtenagentur Reuters berichtet hatte, der Facebook-Mutterkonzern plane den Abbau von 20 Prozent oder mehr seiner Stellen. Damit wolle das Unternehmen kostspielige Investitionen in die KI-Infrastruktur ausgleichen und sich auf eine höhere Effizienz durch den Einsatz von KI vorbereiten. Der Konflikt im Nahen Osten bremste jedoch die Risikobereitschaft der Anleger.

Der US-Standardwerteindex Dow Jones gewann 0,8 Prozent auf 46.946 Punkte. Der technologielastrige Nasdaq rückte 1,2 Prozent auf 22.374 Zähler vor und der breit gefasste S&P 500 1,0 Prozent auf 6699 Stellen.

Das Thema KI dürfte in dieser Woche weiter im Fokus bleiben. Der Chef des Chip-Giganten **Nvidia** will im Laufe des Tages auf der jährlichen Entwicklerkonferenz des Unternehmens neue Chips und Software vorstellen. Die Aktie legte um 1,6 Prozent zu. Der taiwanische Elektronikkonzern Foxconn, der größte Serverhersteller für Nvidia, gab eine positiv aufgenommene Umsatzprognose ab.

Tesla stiegen um 1,1 Prozent, nachdem Firmenchef Elon Musk angekündigt hat, dass das Terafab-Projekt des Unternehmens zur Herstellung von KI-Chips in sieben Tagen starten werde.

Die Papiere des Chipherstellers **Micron** kletterten um 3,7 Prozent nach der Ankündigung einer zweiten Produktionsstätte in Taiwan.

Auch ein **Rückgang der Ölpreise** sorgte für Erleichterung am Markt. Die Auswirkungen der höheren Energiekosten dürften in dieser Woche bei den weltweiten **Zentralbanksitzungen** eine wichtige Rolle spielen. Die US-Notenbank Federal Reserve (Fed) wird auf ihrer bevorstehenden Sitzung die Zollkosten und Anzeichen für einen schwächeren Arbeitsmarkt abwägen, bevor sie eine Entscheidung über die Zinssätze trifft. Man solle die Signale dieser Sitzung mit Vorsicht genießen, sagte James McCann, leitender Volkswirt bei Edward Jones. Ein Umschwung der Ölpreise in die eine oder andere Richtung könne die Haltung der Fed schnell ändern.

Es wird erwartet, dass die Fed am Ende ihrer zweitägigen Sitzung am Mittwoch die Zinsen unverändert lässt. Händler haben ihre Erwartungen für eine Zinssenkung um mindestens 25 Basispunkte auf einen Zeitpunkt nach Oktober verschoben, wie aus von LSEG zusammengestellten Daten hervorgeht.

US Unternehmen

Die **US-Börsenaufsicht** SEC bereitet einem Zeitungsbericht zufolge die Abschaffung der vierteljährlichen **Berichtspflicht** vor. Unternehmen sollen ihre Ergebnisse künftig auch nur halbjährlich vorlegen können, berichtete das *"Wall Street Journal"* (WSJ) unter Berufung auf Insider. Der Vorschlag könnte im kommenden Monat veröffentlicht werden.

Nvidia traut dem **Markt für seine KI-Chips** bis zum Jahr 2027 ein **Umsatzvolumen** von mindestens einer Billion Dollar zu. Die auf seiner Entwicklerkonferenz GTC in Kalifornien vorgetragene Prognose liegt damit deutlich über der Schätzung von 500 Milliarden Dollar bis 2026, die der US-Chipkonzern bei seinen jüngsten Quartalszahlen nannte. Konzernchef Jensen Huang skizzierte am Montag vor mehr als 18.000 Zuschauern in einer Eishockey-Arena in San Jose die Strategie, mit der der Branchenprimus seine Position in dem schnell wachsenden Markt verteidigen will. Huang nannte aber keine Details zu der Prognose. Zu der viertägigen Veranstaltung selbst sagte er: "Ich möchte Sie daran erinnern, dass dies eine Technologiekonferenz ist." (Reuters).

Marktmeldungen

CDU-Chef Friedrich Merz hat die **Absprachen** zwischen der konservativen **EVP-Fraktion** mit **Rechtsaußenpolitikern** im **Europäischen Parlament** deutlich kritisiert. "Wir arbeiten nicht zusammen mit den Rechtsradikalen im Europäischen Parlament", sagte der Kanzler in Berlin. Es gelte für alle Entscheidungen, die im Europäischen Parlament getroffen werden müssten, dass sie ohne die deutschen AfD-Abgeordneten vereinbart würden. "Auch der Fraktionsvorsitzende der EVP weiß, dass wir diese Zusammenarbeit nicht wollen", sagte er in Richtung des EVP-Chefs Manfred Weber (CSU). Darin seien sich CSU-Chef Markus Söder und er sehr einig. "Wir missbilligen auch das, was da in der letzten Woche offensichtlich auf Ebene von Mitarbeitern stattgefunden hat." Dies müsse abgestellt werden und gegebenenfalls Konsequenzen haben. "Dafür trägt Manfred Weber jetzt die Verantwortung", betonte der Kanzler (Reuters).

Der **australische Handelsminister** Don Farrell hat sich nach eigenen Angaben zuversichtlich über den Fortschritt der **Handelsgespräche** mit der **Europäischen Union** gezeigt. Er habe in der Nacht ein produktives Telefonat mit EU-Handelskommissar Maros Sefcovic geführt, teilte Farrell am Dienstag mit. "Ich bin zuversichtlich, dass wir eine Einigung erzielen können", erklärte der Minister. Er freue sich auf die weitere Zusammenarbeit, um ein Abkommen im nationalen Interesse Australiens zu erreichen (Reuters).

Die **EU-Außenminister** haben nach Angaben der **Außenbeauftragten** Kaja Kallas derzeit kein Interesse an einer Ausweitung des Mandats der **Marinemission "Aspides"** auf die Straße von Hormus. Es gebe zwar den klaren Wunsch, den Einsatz zu stärken, sagt Kallas nach einem Treffen in Brüssel. Für eine Änderung des Mandats fehle jedoch momentan die Bereitschaft. Bislang konzentriert sich die Mission vor allem auf das Rote Meer (Reuters).

US-Präsident Donald Trump kritisiert den **mangelnden Enthusiasmus einiger Nationen**, sich an der **Öffnung der Straße von Hormus** zu beteiligen. "Einige sind sehr begeistert, andere nicht", sagt Trump im Weißen Haus. "Es sind zum Teil Länder, denen wir seit vielen, vielen Jahren geholfen haben. Wir haben sie vor schrecklichen Gefahren von außen beschützt, und sie waren nicht sonderlich begeistert. Und der Grad der Begeisterung ist mir wichtig." (Reuters).

US-Präsident Donald Trump verschiebt kurzfristig sein für Ende März geplantes **Gipfeltreffen** mit seinem **chinesischen Amtskollegen** Xi Jinping. Er habe um einen Aufschub von rund einem Monat gebeten, da er wegen des Iran-Krieges in den USA bleiben müsse, sagte Trump, der auch Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist, am Montag vor Reportern in Washington. Eigentlich war der Besuch vom 31. März bis zum 2. April geplant. Finanzminister Scott Bessent hatte bereits gesagt, eine mögliche Verschiebung habe nichts mit der Haltung Pekings zur Straße von Hormus zu tun (Reuters).

US-Präsident Donald Trump hat seine **Drohungen gegen Kuba** verschärft und erklärt, er rechne mit der "Ehre", das Nachbarland "in irgendeiner Form zu übernehmen". "Ich meine, ob ich es befreie oder übernehme. Ich glaube, ich kann damit machen, was ich will", sagte Trump am Montag vor Journalisten im Oval Office. Seine Äußerungen erfolgten inmitten bilateraler Gespräche zwischen den USA und Kuba sowie einer Wirtschaftskrise auf der Insel, die durch eine US-Ölblockade nach der Festnahme des ehemaligen venezolanischen Präsidenten Nicolas Maduro verschärft wurde (Reuters).

Die **US-Regierung** hat ihre Diplomaten weltweit angewiesen, bei verbündeten Staaten auf die Einstufung der **iranischen Revolutionsgarden** und der libanesischen **Hisbollah** als **Terrororganisationen** zu dringen. In einer internen Anweisung des US-Außenministeriums vom 16. März, die der Nachrichtenagentur *Reuters* vorliegt, begründet Außenminister Marco Rubio die Mitteilung mit einem erhöhten Angriffsrisiko durch den Iran und seine Verbündeten. Die US-Diplomaten sollen die Botschaft bis spätestens 20. März auf "höchstmöglicher Ebene" überbringen und sich dabei mit israelischen Kollegen abstimmen.

US-Präsident Donald Trump sagt, es sei unklar, ob das geistliche Oberhaupt des Irans, **Modschtaba Chamenei**, noch am Leben ist. Einige Leute sagten, Chamenei sei tot, andere sagten, er sei schwer verletzt. Trump fügt hinzu, man wisse zudem nicht, wer gegenwärtig für den Iran spreche (Reuters).

US-Präsident Donald Trump zufolge ist **Frankreich** offenbar bereit, bei der Öffnung der **Straße von Hormus** zu helfen. Er habe am Sonntag mit seinem Amtskollegen Emmanuel Macron gesprochen, sagt Trump. US-Außenminister Marco Rubio werde die Namen der Länder bekanntgeben, die bei dem Einsatz helfen wollten. Ob Trumps Darstellung den Tatsachen entspricht, blieb zunächst offen (Reuters).

Die Zahl der **im Krieg gegen den Iran verwundeten US-Soldaten** ist auf etwa 200 gestiegen, teilt das US-Militär mit. Der Großteil habe leichte Verletzungen erlitten, heißt es in einer Mitteilung des US-Zentralkommandos. 180 der Verwundeten hätten bereits wieder ihren Dienst aufgenommen. Den **Tod von elf Soldaten** hatten die USA bereits am Freitag gemeldet. Angaben zu Verlusten der israelischen Streitkräfte liegen zunächst nicht vor. Über die Zahl der **Opfer auf iranischer Seite** gibt es lediglich grobe Schätzungen. In Medienberichten war zuletzt von rund 2000 Toten die Rede gewesen, darunter Zivilisten (Reuters).

Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und **Kanada** warnen vor einer großangelegten **israelischen Bodenooffensive im Libanon**. Ein solcher Schritt hätte verheerende humanitäre Folgen und könnte zu einem langwierigen Konflikt führen, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der fünf Staaten. Die Offensive müsse daher abgewendet werden. Die humanitäre Lage sei schon jetzt alarmierend. Zudem unterstützen die Länder die Bemühungen der libanesischen Regierung, die vom Iran unterstützte Hisbollah-Miliz zu entwaffnen (Reuters).

Die **USA** und der **Iran** haben einem Medienbericht zufolge einen direkten **Kommunikationskanal** wiederhergestellt. Der US-Gesandte Steve Witkoff und der iranische Außenminister Abbas Araghtschi hätten in den vergangenen Tagen wieder Kontakt aufgenommen, berichtet das Portal *Axios* unter Berufung auf einen US-Regierungsvertreter. Araghtschi habe Textnachrichten an Witkoff geschickt, in denen es um ein Ende des Krieges gehe. **US-Präsident** Donald Trump hatte kurz zuvor gesagt, die USA wüssten nicht, wer im derzeit im Iran das Sagen habe. "Wir haben Leute, die verhandeln wollen. Wir haben keine Ahnung, wer sie sind", hatte er erklärt (Reuters).

US-Präsident Donald Trump fordert eine sofortige **Sondersitzung der US-Notenbank** zur Senkung der **Zinsen**. Eine Stellungnahme der Fed liegt zunächst nicht vor (Reuters).

In der **Jerusalemmer Altstadt** gehen **Trümmerteile iranischer Raketen** und **israelischer Abfangsysteme** nieder. Betroffen ist nach Polizeiangaben auch die Umgebung der Grabeskirche, die Christen als Stätte der Kreuzigung und des Grabes Jesu betrachten. Auch auf dem Tempelberg, der Juden und Muslimen als heiliger Ort gilt, werden Fragmente gefunden. Fotos der Polizei zeigen ein großes Metallteil auf einem Dach nahe der Kirche und Trümmer auf dem Platz vor dem Felsendom. Berichte über Verletzte oder größere Schäden liegen nicht vor (Reuters).

In **Kuba** ist am Montag das **landesweite Stromnetz zusammengebrochen**. Rund zehn Millionen Menschen waren ohne Strom, wie der staatliche Netzbetreiber UNE mitteilte. Das Unternehmen untersuche derzeit die Ursachen für den Blackout (Reuters).

Automobile / Zulieferer

Die Ingolstädter Volkswagen-Tochter **Audi** hat vor Bekanntgabe ihrer Jahresbilanz einen neuerlichen Personalabbau für die kommenden Jahre ausgeschlossen. "Es wird keinen weiteren Stellenabbau über die vereinbarten 7.500 Arbeitsplätze hinaus geben", sagte Personalvorstand Xavier Ros der *Augsburger Allgemeinen* mit Blick auf die bereits vergangenes Jahr verkündete Zahl. "Die Beschäftigungsgarantie bis Ende 2033 gilt", betonte Ros. Zudem stehe Audi zu seiner Zusage, den Stellenabbau ohne Entlassungen zu erreichen.

Banken

Bundeskanzler Friedrich Merz hat zurückhaltend auf das Übernahmeangebot der italienischen Bank **UniCredit** für die **Commerzbank** reagiert. Dies sei zunächst einmal "Sache der beiden beteiligten Banken", sagte der Kanzler in Berlin. Merz betonte aber zugleich, dass die politische Meinung der Bundesregierung dazu klar sei: "Wir wollen die Eigenständigkeit der Commerzbank erhalten." Zunächst müssten jetzt der Aufsichtsrat und der Vorstand der Commerzbank auf das Übernahmeangebot der UniCredit antworten. Alles Weitere werde sich dann im Laufe der nächsten Wochen und Monate zeigen (Reuters).

Die **Commerzbank** will bei der Prüfung des angekündigten Übernahmeangebots von **Unicredit** besonders die Interessen ihrer Beschäftigten berücksichtigen. Das kündigte **Vorstandschefin** Bettina Orlopp in einer Nachricht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an, die am Montag im Intranet der Commerzbank veröffentlicht wurde und dem Handelsblatt vorliegt. "Wir als Vorstand haben gemeinsam mit dem Aufsichtsrat die Pflicht, das angekündigte Angebot der Unicredit, sobald es veröffentlicht wird, zu prüfen", erklärte Orlopp darin. "Das werden wir mit der gebotenen Sorgfalt und Verantwortung auch tun (bloomberg).

Die Gewerkschaft **Verdi** warnt vor einem **massiven Stellenabbau** bei einer möglichen Übernahme der **Commerzbank** durch die italienische Großbank **UniCredit**. Bei einer Fusion könnten deutlich mehr als 10.000 Arbeitsplätze bei der Commerzbank unter Druck geraten, sagte Jan Duscheck, Bundesfachgruppenleiter Bankgewerbe bei Verdi, der Zeitung *"Bild"*. "Bei Bankenfusionen werden fast immer Doppelstrukturen abgebaut", erklärte er dem Vorabbericht zufolge. Besonders betroffen wären nach Einschätzung der Gewerkschaft zentrale Funktionen wie Verwaltung, IT und Backoffice. "Vor allem wären Tausende Stellen in den Zentralen in Frankfurt und München betroffen sowie in den Servicegesellschaften", sagte Duscheck. Auch im Filialnetz könne es zu Überschneidungen kommen, wenn Standorte

zusammengelegt würden. Nach Verdi-Angaben könnten zudem Arbeitsplätze bei der zur UniCredit gehörenden HypoVereinsbank gefährdet sein.

Industrie

Die **EU-Kommission** will die Folgen der gestiegenen **Energiepreise** für die **Industrie** infolge des Iran-Kriegs abfedern, lehnt radikale Markteingriffe aber ab. Statt gedeckelter Preise für Erdgas setze sie auf eine Anpassung des Emissionshandels und staatliche Hilfen, teilte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mit. In einem Brief an die EU-Staats- und Regierungschefs im Vorfeld des Gipfels am Donnerstag skizzierte sie Pläne, dem Markt mehr Verschmutzungsrechte zur Verfügung zu stellen. Zudem sollen Industriebetriebe finanziell stärker unterstützt werden. Forderungen nach weitreichenderen Maßnahmen wie einer Umgestaltung des EU-Strommarktes lehnte sie ab (Reuters).

Der finnische Aufzughersteller **Kone** verhandelt einem Bericht zufolge über einen Kauf des Rivalen **TK Elevator**. Kone arbeite mit Beratern an einem Bar- und Aktien-Übernahmeangebot für die ehemalige Thyssenkrupp-Tochter, die eigentlich in diesem Jahr an die Börse gebracht werden soll, berichtete die Nachrichtenagentur *Bloomberg* unter Berufung auf mit der Angelegenheit vertraute Personen. Ein formelles Angebot sei in einigen Wochen möglich, wenn Kone die Bücher des Düsseldorfer Unternehmens zu Ende geprüft habe.

Öl & Gas

Die **Ölexporte aus der Golfregion** sind jüngsten Daten zufolge um fast zwei Drittel eingebrochen. In der Woche bis zum 15. März seien die Ausfuhren der acht Anrainerstaaten im Vergleich zum Tagesdurchschnitt im Februar um rund 61 Prozent auf 9,71 Millionen Barrel pro Tag (bpd) gefallen, wie aus Daten des Analysehauses Kpler hervorgeht (Reuters).

Auf dem **Öl- und Erdgasfeld Schah in Abu Dhabi** ist nach offiziellen Angaben ein **Feuer** ausgebrochen. Ursache sei ein Drohnenangriff, teilt das Medienamt des Emirats mit. Berichte über Verletzte liegen zunächst nicht vor (Reuters).

Die **Reaktion Europas** auf die **Preisanstiege bei Öl und Erdgas** darf EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zufolge nur von kurzer Dauer sein. "Es ist wichtig, dass kurzfristige Maßnahmen die Dekarbonisierung des Energiesystems nicht verzögern, die Nachfrage nach Öl und Gas nicht erhöhen, zeitlich begrenzt und gezielt sind sowie die fiskalischen Kosten minimieren", heißt es in einem Schreiben von der Leyens (Reuters).

Reisen / Luftfahrt / Freizeit

Reisende können wegen eines **Verdi-Streiks** den **Berliner Flughafen BER** am Mittwoch nicht nutzen. Es seien keine regulären Passagierflüge am Airport möglich, teilte der Flughafenbetreiber FBB am Montag mit. Darüber habe man Partner wie die Airlines, Bodenverkehrsdienstleister, Sicherheitsunternehmen und ansässige Gewerbebetriebe informiert. "Ursprünglich waren für den Verkehrstag rund 445 Abflüge und Landungen mit rund 57.000 Passagieren geplant." Betroffene Gäste sollten sich bei ihrer Fluglinie zu Umbuchungen und alternativen Reisemöglichkeiten informieren. "Wir halten einen Warnstreik für unverhältnismäßig – gerade in einer durch den Iran-Krieg ohnehin sehr angespannten Lage", kritisierte BER-Chefin Aletta von Massenbach. Sie sei zuversichtlich, dass bei der nächsten Verhandlungsrunde am 25. März eine Einigung gelinge (Reuters).

Technologie

Die europäischen Chipkonzerne **Infineon**, **NXP** und **STMicroelectronics** setzen bei der **Ausstattung humanoider Roboter** auf eine Zusammenarbeit mit dem US-Branchenprimus **Nvidia**. Die drei Unternehmen gaben am Montag entsprechende Partnerschaften bekannt. Während Nvidia mit seinen "Jetson Thor"-Prozessoren quasi das Gehirn der Maschinen liefert, wollen die Europäer die übrige Hardware beisteuern. Dazu gehören Sensoren, Bewegungssteuerungen sowie Chips für die Stromverwaltung und die interne Kommunikation. Finanzielle Details wurden zunächst nicht genannt (Reuters).



STEBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigelegten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

